Pressestatement

Reimann: Pharmabranche darf von Effizienzanstrengungen im Gesundheitswesen nicht ausgenommen werden

Berlin, 11. November 2025

Morgen (12.11.2025) beginnt im Kanzleramt der sogenannte „Pharma-Dialog". Dazu sagt die Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbands, Dr. Carola Reimann:

„Laut Koalitionsvertrag will die Bundesregierung die Pharmabranche zur „Leitwirtschaft" machen. Wenn sie deshalb mit Vertretern der Branche jetzt zusammenkommt, um über wachstumsförderliche Rahmenbedingungen und wirtschaftliche Potentiale der Arzneimittelproduktion und -versorgung in Deutschland zu sprechen, ist das grundsätzlich zu begrüßen.

Das darf aber nicht dazu führen, dass die blendend verdienende Pharmabranche von allen Effizienzanstrengungen im deutschen Gesundheitswesen per se ausgenommen wird und keinen Sparbeitrag zur Stabilisierung der GKV-Finanzen leistet. Allein die kurzfristige Anhebung des Herstellerrabatts von heute 9 auf 16 Prozent könnte die Branche gut verschmerzen. Ein solcher Schritt wäre ausgewogen, zudem hocheffektiv, brächte er doch der GKV in der angespannten Finanzlage auf einen Schlag 1,8 Milliarden Euro Entlastung.

Aus unserer Sicht zeichnet sich noch ein tieferliegendes Problem ab: Wir können zwar nachvollziehen, dass es die Bundesregierung mit Blick auf den Wirtschaftsstandort Deutschland für notwendig erachtet, die pharmazeutische Industrie zu fördern. Daraus scheint die Bundesregierung aber abzuleiten, dass die Pharmaindustrie durch weniger Wettbewerb und ein überhöhtes Preisniveau in der Gesetzlichen Krankenversicherung unterstützt werden muss. Die GKV ist jedoch nicht

Kontakt und Information

Dr. Kai Behrens, Telefon 01520 156 3042, presse@bv.aok.de
AOK-Bundesverband, Rosenthaler Str. 31, 10178 Berlin
www.aok.de/pp/bv, X: @AOK_Politik

für Absatzförderung sowie Standortsicherung der Pharmabranche zuständig, sondern für gute Gesundheitsversorgung zu bezahlbaren Preisen. Wirtschaftsförderung und faire Rahmenbedingungen für den internationalen Wettbewerb sind dagegen Aufgaben der Außen-, Wirtschafts- und Steuerpolitik.

Die Bundesregierung muss deshalb beim Pharmadialog die Arzneimittelpreise in der gesetzlichen Krankenversicherung mit auf die Agenda nehmen. Überhöhte Arzneimittelkosten müssen von allen Beitragszahlern und Unternehmen getragen werden. Auch das muss berücksichtigt werden, wenn über wirtschaftspolitische Fördermaßnahmen nachgedacht wird.

Was wir brauchen, sind strikt nutzenbasierte Arzneimittelpreise und dementsprechend eine Weiterentwicklung des AMNOG-Verfahrens. Zudem sollten wir einen verschärften Blick auf Wirtschaftlichkeits- und Wettbewerbspotentiale im Arzneimittelmarkt richten, statt Schutzzäune um die hochprofitable Branche zu ziehen. Zum Beispiel bestehen milliardenschwere Effizienzpotentiale im Biosimilar-Bereich. Darum begrüßen wir auch das G-BA-Vorhaben, den Austausch für Biosimilars in der Apotheke bei Abgabe an Patientinnen und Patienten nach jahrelangen Beratungen endlich auf den Weg zu bringen. Die Substitution könnte noch effizienter werden, wenn sich die Austauschpflicht – wie bei Generika – auf ein gemeinsames Anwendungsgebiet bezieht."

Kontakt und Information

Dr. Kai Behrens, Telefon 01520 156 3042, presse@bv.aok.de
AOK-Bundesverband, Rosenthaler Str. 31, 10178 Berlin
www.aok.de/pp/bv, X: @AOK_Politik